

Erfolgreicher Annäherungsversuch

Verwaltungsverband Lich/Laubach: Keine Kritik bei erster gemeinsamer Parlamentssitzung

Laubach/Lich (tb). Die Gebietsreform in den 70ern ist den Hessen noch in guter Erinnerung – mal abgesehen von einer »Teilmenge« mitten im Land. Das Scheitern der Stadt Lahn, aber auch Proteste gegen den Verlust an Selbständigkeit und Identität andernorts finden ihren Ausdruck in der Position der Landesregierung heute: »Keine Gebietsreform mehr von oben.«

Mit dieser Versicherung eröffnete Matthias Graf, Ministerialdirigent beim hessischen Innenministerium, seinen Vortrag bei der ersten gemeinsamen Sitzung der Stadtparlamente Lich und Laubach. Ebenso wie Claus Spandau, Geschäftsführer hessisches Kompetenzzentrum Interkommunale Zusammenarbeit, ermutigte Graf die Lokalpolitiker, den Kurs Richtung Verwaltungsverband weiterzuverfolgen.

Modell in Bayern bewährt

Dafür spricht: In der Diskussionsrunde im Rathaus Laubach gab es keinerlei Kritik an der Planung der Verwaltungen, die Finanzabteilungen zusammenzulegen. Wie es ebenso keinen Widerspruch gab zur Forderung des Licher Bürgermeisters Klein: »Weitergehende Projekte, etwa im Ordnungs- oder Personalwesen, sind vorstellbar. Alles, was Verwaltung betrifft, darf kein Tabu sein!« Gerade ob der weiter hohen Belastungen der Haushalte (nur zwei Stichworte: Kinderbetreuung, Überalterung/Bevölkerungsrückgang samt sinkender Steuern) gelte es, besser und kostengünstiger zu arbeiten.

Im Übrigen habe Lich längst gute IKZ-Erfahrungen – von der Kehrmachine bis Standesamt (»35 000 Euro Einsparung!«) – gemacht; mit Ausnahme des gemeinsamen Bauhofs mit Hungen.

Wie berichtet, sind die Planungen für eine gemeinsame Finanzabteilung/Kasse – dank Außenstellen ohne Serviceverlust für den Bürger – weit gediehen, der Grundsatzbeschluss der Parlamente steht im März an.

Dank der erhöhten Landesförderung für die in Süddeutschland bewährte, in Hessen noch seltene Verbandslösung (insgesamt bis zu 300 000 Euro), dank der Einsparungen nur beim Personal 80 000 Euro) wird mit einer raschen Amortisation der Einstandsinvestitionskosten gerechnet, die insgesamt 300 000 bis 350 000 Euro betragen sollen.

Ebenso erwartet wird eine qualitative Verbesserung: Schon wegen der Chance zur



Künftig öfters im Kollektiv: Blick in die Sitzung der beiden Ostkreis-Parlamente. (Foto: tb)

Spezialisierung in einer größere Personaleinheit. Ein Vorteil, den IKZ-Beauftragter und Laubachs Ex-Bürgermeister Spandau in den Fokus rückte. Sein Rat: die Politik wie die Bürger mitnehmen, die Entscheidungen transparent zu machen: »Andernfalls gewinnen die Stammtische.« Etwa mit Falschmeldungen wie: »Bald musst du 20 Kilometer für eine Geburtsurkunde fahren.«

Was die vor allem beim Personal gegebenen Sparpotenziale angeht: Zupass kommt nach Spandau hier die Altersstruktur, der in Laubach wie in Lich relativ hohe Anteil der über 60-jährigen Mitarbeiter. Einen Arbeitsplatzabbau werde es nur durch natürliche Fluktuation geben, ergänzte dazu Klein.

Wie Spandau verwies Ministerialdirigent Graf auf die hohen Fördersummen bei frühzeitiger Beantragung. Weiteres Argument für die »listige IKZ-Variante« Verband: Beide Städte verlieren Bürger, Laubach schrumpfte von 2005 bis 2015 um 705 auf 9632, Lich um 220 auf 13 290 Einwohner. Eine Kehrtwende durch Zuwanderung steht nach Graf nicht zu erwarten. Auch deswegen sei die Übertragung von Aufgaben an eine »Dienst-

leistungseinheit« bei Erhalt der Verantwortung der Stadtparlamente (Entscheidungsbefugnis und Budgetrecht) sinnvoll. Unterfüttert auch mit dem Hinweis auf die hohen Steuersätze in beiden Städten schloss Graf mit dem Appell an die Politik vor Ort: »Nutzen Sie die Chancen der Restrukturierung!«

Eine von nur drei Fragen aus dem Plenum kam von Elmar Sandhofen (CDU, Lich): »Was passiert mit den insgesamt 23 IKZ-Projekten, auch mit anderen Kommunen?« Keine Probleme sah hier Klein, das werde sich entwickeln. Dr. Ulf Häbel (FW, Laubach) fragte nach negativen Erfahrungen. Unter Hinweis auf Bayern und die Literatur verneinte dies Graf. Klar stellte am Ende der Licher Bürgermeister, an eine Fusion – von Graf Solms (CDU, Laubach) ob des größeren Sparpotenzials zur Prüfung empfohlen – sei nicht gedacht.

Gleichlautende Versicherung des Amtskollegen gab es nicht: Peter Klug war krankheitsbedingt verhindert. Sicher aber ist: Die Laubacher »ticken« genauso, der Suche nach einem neuen Namen einer neuen Stadt im Ostkreis wird es nicht bedürfen.